

Infoabend zur Gesamtschule Alfter

Eltern und Kommunalpolitiker forschen nach den Gründen für das ernüchternde Ergebnis der offiziellen Bedarfserhebung

Von Sandra Kreuer



Alfter. "Verwirrung", "Verzögerungstaktik", "Aussitzen einer Entscheidung": Der Ärger vieler der rund 65 Eltern und Kommunalpolitiker, die am Montagabend zum Info-Abend der Initiative "Gesamtschule Alfter" in die Gaststätte "Zur Krone" kamen, war greifbar.

Zu groß schien das Gefühl zu sein, nach dem im Dezember vom Rat gefassten Errichtungsbeschluss, zum Schuljahr 2008/2009 möglichst mit einer Ganztags-Gesamtschule in den Räumen der Oedekovener Hauptschule zu starten, auf der Stelle zu treten.

Verstärkt wurde dies durch diverse Mütter und Väter aus Bonn und Bornheim, die über ihre Ablehnungen an der Bertolt-Brecht-Gesamtschule Tannenbusch, an der Europaschule in Bornheim und der damit verbundenen Schulplatz-Odyssee berichteten. "Ich fühle mich verraten und im Stich gelassen von den Politikern und insbesondere von den Politikerinnen", machte eine Mutter ihrer Wut Luft.

"Ich bin alleinerziehend und brauche schon deswegen eine Ganztagschule für mein Kind, das eine Realschulempfehlung hat. Doch die einzige Realschule mit Ganztagsbetrieb in Bonn hat sie nicht angenommen", schilderte sie. "Insgesamt haben wir schon drei Ablehnungen erhalten, die vierte werden wir wahrscheinlich in dieser Woche bekommen."

Ähnliches hat eine andere Mutter erlebt, die ihren Sohn an der Gesamtschule in Tannenbusch anmelden wollte. "Als wir uns vorgestellt haben, war er schon der 460. Anwärter. Uns wurde gleich gesagt, dass ein Sechser im Lotto wahrscheinlicher wäre als ein Platz. Mittwochs waren wir da, samstags hatten wir die Ablehnung im Briefkasten."

Umso unverständlicher findet Paul Breloh (FDP) das Ergebnis der offiziellen Bedarfserhebung der Alfterer Verwaltung vom 11. Dezember bis 7. Januar für eine Gesamtschule. "Ich bin ein bisschen enttäuscht, wie das mit der Abfrage gelaufen ist. Die Zeit drängt, wenn wir zum nächsten Schuljahr starten wollen." Wie berichtet, hatte die Verwaltung 505 Fragebögen an Eltern der Kinder im dritten und vierten Schuljahr verteilt, von denen 247 beantwortet zurück kamen.

Alle Fragebögen waren mit frankierten Rückumschlägen versehen, und auch später eingegangene Rückmeldungen waren laut Bürgermeisterin Bärbel Steinkemper berücksichtigt worden. Doch statt der erwarteten 125 Anmeldungen - so viele Absichtserklärungen hatte die Initiative im Vorfeld des Errichtungsbeschlusses gesammelt - erklärten nur 45 Eltern von Viertklässlern, ihr Kind an einer Alfterer Gesamtschule anmelden zu wollen.

Während CDU-Fraktionschef Barthel Schölgens darin einen typischen Ausgang sieht - "es zeigt sich, dass eine allgemeine Bekundung eben etwas anderes als eine definitive Anmeldung ist" - , wollte Breloh mögliche Gründe dafür erfahren. Die lieferten ihm Christina Olboeter-Zorn und Corinna Landsberg von der Initiative. So hätten die Grundschullehrerinnen während der Beratungsgespräche stets betont, dass "man sein Kind an der Gesamtschule in Alfter nicht anmelden müsse, weil es damit in diesem Jahr sowieso nichts werde", sagte Olboeter-Zorn.

Von einem "negativ formulierten Fragebogen" sprach dagegen Landsberg. Statt der verbindlich wirkenden Formulierung "Wir möchten unser Kind anmelden" hätte man eher den Satz "Wir sind interessiert an der Schulform xy" wählen sollen.

Landsberg: "Viele Eltern haben den Bogen gleich in den Müll geworfen." Eine Rolle habe aber auch gespielt, "dass die Eltern, die ihre Kinder schon an einer

Schule angemeldet hatten, Angst hatten, diesen eventuellen Platz zu verlieren, weil sie ja schon eine Schule auf dem Bogen angekreuzt hatten". Gehakt habe es laut Aussage mehrerer Mütter zudem bei der Verteilung der Bögen, die sie erst auf Nachfrage von der Verwaltung erhalten hätten.

Ganz anders sieht dies Bürgermeisterin Bärbel Steinkemper. Entgegen aller Vorwürfe unterstrich sie, die Gesamtschule vorantreiben zu wollen, da es offensichtlich einen " regionalen Bedarf" gebe.

Bevor der Schulausschuss, der am 26. Februar tagt, und der Rat, der am 28. Februar zusammenkommt, nicht den anlassbezogenen Schulentwicklungsplan kennen würden, mache es keinen Sinn zur Bezirksregierung zu gehen oder einen runden Tisch mit Vertretern der Elterninitiative, der Bezirksregierung und des NRW-Schulministeriums einzuberufen, den die am Montag ebenfalls anwesende CDU-Landtagsabgeordnete Ilka von Boeselager vorgeschlagen hatte. Steinkemper: "Selbst wir haben das Gutachten noch nicht."

Dies werde erst im Schulausschuss präsentiert. Auch gebe es an dem Fragebogen nichts zu rütteln. "Um solch einen Vorwurf auszuschalten, haben wir uns ganz bewusst für ein externes Fachbüro entschieden. Der Bogen wurde schon mehrfach eingesetzt und ist mit der Bezirksregierung abgestimmt."

Die Eltern gehen hingegen ihren eigenen Weg: Sie haben am Montag einen Förderverein gegründet. Vorstandsvorsitzende ist Martina Salchow, die von Landsberg, Olboeter-Zorn, Sandra Kaspar, Yvonne Monnier Dittmar Otten, Hermann Wübbels und Barbara Ohlert unterstützt wird.

(13.02.2008)
